

Matthias Steinle:
Vom Feindbild zum Fremdbild.
Die gegenseitige Darstellung
von BRD und DDR
im Dokumentarfilm.
Band 18 der Reihe: CLOSE UP
Schriften aus dem Haus
des Dokumentarfilms Stuttgart,
UVK Konstanz 2003, 516 S.
(34 €)

Aus naheliegenden Gründen existiert in Deutschland ein historisches Forschungsgebiet, dessen politisch-ideologische Kampflinie im letzten Jahrzehnt festgelegt und nichtsdestoweniger vermint war. Die Interpretation der deutschen Nachkriegsgeschichte aus unzähligen verschiedenen Richtungen schlug hohe Wellen. Normal oder gar objektiv konnte man die Debatten nie nennen. Eingezwängt in ideologischen Rastern zwischen Totalitarismusvorwurf, demokratischer und staatssozialistischer Apologie, präsentiert von Siegern und Verlierern der jüngsten Vergangenheit, kristallisierte sich mehrheitlich ein sehr schiefes Bild der deutschen Teilung 1945/49-1989/90 heraus. Grob gesagt war eine Sichtweise vorherrschend, in der die Bundesrepublik mit ihrer Geschichte und Sozialstruktur (fast) alles richtig und die DDR dabei (fast) alles falsch gemacht habe. Das betraf auch die Überwindung der NS-Zeit, allerdings mit erheblichen Bauchschmerzen, denn die parallele und für sich selbst defizitäre Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten konnte pikanterweise nur mit Hilfskrücken für die BRD und einfältigen Delegitimationsstrategien gegenüber der DDR umgedeutet werden. Seit drei bis vier Jahren ist, vor allem vorgetragen von jüngeren Historikern, Sozial- und Medienwissenschaftlern, ein leichter Wandel zu verspüren. Zunächst noch versteckt in einzelnen Aufsätzen oder in Sammelbänden beginnt sich nach und nach die Erkenntnis durchzusetzen, daß der methodische Gegenstand der deutschen Nachkriegsforschung nicht die Separation der beiden deutschen Teile oder die ahistorische Rückprojektion auf die Dichotomie Demokratie

und/oder Diktatur ist, sondern daß die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Deutschland auch zwingend die Historiographie der aufeinander bezogenen deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte erfordern.

Manchmal bedarf es hierzu einiger Wahrnehmungshilfen, wozu sich das Medium Film, trotz aller Beargwöhnungen aus den Lehrstühlen der auf politische Geschichte fixierten Akademie, besonders anbietet. Wie kaum woanders verbindet der Film den Charakter eines visuellen Dokuments mit der Unbestechlichkeit für atmosphärische Verdichtungen, des Gefühls von historischer Zeit und mentalitätsgeschichtlichen Aspekten. Kurz, aus Filmen ist der Zeitgeist am anschaulichsten zu erfahren, auch derjenige der deutschen Teilung. In seiner soeben erschienenen Dissertation über die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm legt der Marburger Filmwissenschaftler Matthias Steinle nicht mehr und nicht weniger als eine lehrreiche und sehr komplexe Parallelgeschichte der beiden deutschen Staaten vor. Die Hauptthese des Buches läßt sich mit seinen Worten so zusammenfassen: »40 Jahre deutsch-deutsche Deutschlandbilder zeigen in ihrer Materialfülle mit disparaten Formen und Formaten die Fixierung im Blick aufeinander mit charakteristischen Parallelen und Kontinuitäten sowie nicht minder bezeichnenden Brüchen: Primitive Feindbilder stehen neben subtil(er)en Konstruktionen – z. T. in ein und demselben Film; etablierte Klischees werden bedient, verworfen und wieder aufgegriffen, um- und Neubewertet. Die Wechselseitigkeit dieses Prozesses wurde in der Gegenüberstellung repräsentativer Dokumentarfilme deutlich. Im synchronen Vergleich zeigen sich zahlreiche strukturelle und diskursive Parallelen, die von der konstitutiven Rolle der Bilder der Gegenseite und dem Bezug auf diese im gesamtdeutschen Kommunikationsraum zeugen.«

Zum Beweis seiner These folgt Steinle, nach der üblichen Zusammenfassung des Forschungsstandes in der Einleitung, den in der Nachkriegsgeschichtsschreibung verankerten Zäsuren der deutschen Geschichte seit 1949 über die doppelte Staatsgründung zum Mauerbau, zu den politischen Phasenverschiebungen Mitte der sechziger Jahre, danach zum Machtwechsel von Kiesinger zu Brandt bzw. von

Ulbricht zu Honecker und schließlich zur Spannungspolitik in den siebziger Jahren, deren Behandlung zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit 1989/90 überleitet. Die meist zusammengezogene Periode von 1949-1961 wird von Steinle jedoch aufgebrochen und in zwei Kapiteln, mit der Bruchstelle des Jahres 1955 als »definitive Blockintegration«, bearbeitet. Der Autor begründet diese Differenz, die für den Zustand der deutschen Teilung bislang eher unterbelichtet wurde, mit der zutreffenden Vollendung der Teilungspraxis durch die militärische und wirtschaftliche Einbindung in die Ost-West-Konstellation sowie mit den in den jeweiligen Öffentlichkeiten fühlbaren Veränderungen der »Einheitsrhetorik«. Hinzuweisen wäre hier darauf, was die Triftigkeit von Steinles Einschnitt in der Mitte der fünfziger Jahre bestätigt, daß ungefähr 1955 auch die über Restitution und Integration laufende Rekonstruktion der jeweiligen politischen Kulturen als intakte Gemeinwesen ihre abschließenden Konturen erfuhr. Im letzten Materialabschnitt über die Jahre 1975 bis 1989 zeigt Steinle unter dem Titel »Business as usual«, wie die Filmbeiträge exakt so etwas wie einen Normalitätsdiskurs in der gegenseitigen Akzeptanz des anderen Deutschlands etablierten. In dieser Zeit spielte die Verständigungsfunktion der westdeutschen Dokumentarfilme über die DDR für die eigene Bevölkerung eine wesentliche Rolle, da sich der DDR kritisch-distanziert genähert, der von der BRD abweichenden sozialen Entwicklung allerdings auch Respekt gezollt wurde. Die ursprünglichen Bedeutungen, Um- und Neubewertungen eines vormals vollständig negativen DDR-Bildes überlagerten sich und machten zumindest tendenziell einer Bildkorrektur Platz. »Eine Erfahrung«, wie Steinle betont, »die im Zuge der Wiedervereinigung scheinbar komplett in Vergessenheit geriet, so dass ein »ebenso mitleidig wie arrogant in Szene gesetzte(r) Demontage-Journalismus« die DDR auf die aus dem Kalten Krieg bekannten Zeichen von Zerfall und Niedergang reduzierte.« Mit der Metapher »vom Feindbild zum Fremdbild« will Steinle deshalb die Entwicklungslinien und historisch gewachsenen, wandlungsfähigen Gestaltungsinhalte und -mittel der Selbst- und Fremdsichten auf die deutschen Teil-

gesellschaften analytisch durchdringen und sich von den überlebten »Expost«-Interpretationen lösen, die gebetsmühlenartig wiederholen, die deutsche Geschichte nach 1945 sei keine komplementäre gewesen, sondern müsse in eine Erfolgsstory West und in eine Abwirtschaftungstragödie Ost zergliedert werden.

Die unzähligen Filmbeispiele, die Steinle in offensichtlicher Schwerstarbeit zusammengetragen und besprochen hat, verweisen auf die gegenseitige Geschichtspropaganda, auf ihre geschichtspolitischen Komponenten und auch auf eine gegenläufige und aufeinander bezogene Geschichtsergänzung durch den Dokumentarfilm. Von den fünfziger Jahren bis etwa Mitte der sechziger Jahre dominiert die Propaganda. Die DDR feiert sich zunächst ausgiebig selbst und die Hymnen auf den neuen Staat, wie in *Der Weg nach oben* (1950) oder *Die Sieben vom Rhein* (1954), sind dementsprechend pathetisch aufgeladen, während in ihnen beim »Blick nach drüben« die Krisen und die angebliche »anglo-amerikanische Besatzung« Westdeutschlands attackiert werden. Wenn die Bundesrepublik im gleichen Stadium überhaupt auf die DDR zu sprechen kommt (man nehme einfach nur die westdeutschen »Berlin-Filme«, die Steinle im Falle von *Wir sahen Berlin* (1955) sarkastisch mit »d. h. wir sahen West-Berlin« kommentiert), dann verbleiben die Filme fast durchweg im Schema des Kalten Krieges zwischen »Zonen«-Ignoranz und aufgeladener Totalitarismuskritik. *Sowjetzone ohne Zensur* (1954) und der politpädagogische Auftragslehrfilm *Hitler und Ulbricht: Fehlanzeige. Die große Lücke im Wissen unserer Schüler* (1959) sind in dieser Hinsicht beredete Bildzeugnisse. Viele der westdeutschen Produktionen wurden vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) entweder in Auftrag gegeben oder kofinanziert. Gerade vom Quellenbestand des BMG zehrt die Qualität der Studie in hervorragendem Maße.

Zu einem entscheidenden Wendepunkt im Dokumentarfilmschaffen der DDR wird ab 1957 die Unterbauung der antiwestlichen Ausrichtung mit starken Argumenten gegen NS-belastete Personen im bundesdeutschen Staatsapparat. Vor dem Hintergrund der SED-Kampagnenpolitik gegen Bonn mit vielen pro-

pagandistischen Versatzstücken ausgestattet, polemisieren die bekannten Filme *Urlaub auf Sylt* (1957), *Unternehmen Teutonenschwert* (1958), *Der Fall Heusinger* (1959) oder *Mord in Lwow* (1960) gegen die restaurative Kontinuität »von Hitler zu Adenauer« in der BRD, die schlechterdings nicht zu bestreiten war. In den Tonlagen oft über das Ziel hinauschießend, bewirken die Filme jedoch u. a. mit einigem Abstand, daß die von außen durch die DDR-Vorwürfe induzierte Diskussion über die NS-Geschichte und die personelle Linienführung im Westen in Gang kommt. Von den genannten Filmen ausgehend, entwickelt sich im ostdeutschen Dokumentarfilm eine Strömung, die Steinle als »Enthüllungsfilme« bezeichnet. Paradigmatisch ist dafür sicherlich das unter dem Kürzel »H&S« firmierende, eigenständige Filmstudio von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, dessen ebenso paradigmatische Meisterproduktion *Der lachende Mann* (1966) über den als »Kongo-Müller« verrufenen deutschen Fremdenlegionär Siegfried Müller weltweit für Aufsehen sorgt. Filmen in Westdeutschland geschieht von DDR-Seite aus meist geheim oder unerkannt für die bundesdeutschen Behörden durch westliche Kameraleute, die mit der DDR sympathisieren. Noch in den siebziger Jahren ist diese Methode, z. B. in der Fernsehreihe *Alltag im Westen*, festzustellen. Der Bundesrepublik war ein solch exklusives Vorgehen in der DDR bis zum Korrespondentenaustausch von 1975 nahezu unmöglich. Steinles Bemerkung zu den historisierenden Entlarvungsfilmen der DDR ist keineswegs übertrieben, wenn er mit Blick auf die BRD schreibt: »Dass die Bundesrepublik keinen Film über die ›Zone‹ nach diesem Muster produzierte, mag zum einen daran gelegen haben, dass die DDR über mehr Material verfügte – was das Arsenal sowohl an Archivbildern als auch an Vorwürfen betraf. Zum anderen hätte es dem historischen Diskurs mit der Vorstellung des Jahres 1945 als ›Stunde Null‹ widersprochen.«

Nach einem längeren »Mauerscharmützel« zwischen 1961 und 1966 (Matthias Walden vom SFB redet mehrfach von »roten Nazis« und von Ostberlin als einem eingemauerten »KZ«, während Karl-Eduard von Schnitzler beteuert, daß die Grenze »gut« sei) ergeben

sich im westdeutschen Dokumentarfilm bezüglich des DDR-Bildes spätestens seit 1968 spürbare Veränderungen. Zwar werden auch die DDR-Dokumentationen über die Bundesrepublik ein wenig differenzierter, als Real satire in *Pankoff* (1966) oder in dem Zyklus *Die manipulierte Gesellschaft* (1977-79), alles in allem aber bleibt die BRD eher grau und kaum einladend, was durch die permanente Wiederholung von Thesen und partiell durch Übertreibungen alsbald von einem Großteil der DDR-Bürger fast gar nicht mehr zur Kenntnis genommen wird. Die bundesdeutschen Filme bemühen sich um Alltagsbeobachtungen in der DDR und zeichnen die Wandlungen im ostdeutschen Sozialgefüge vom gestiegenen Lebensstandard über die Lebensziele bis hin zur nichtrevolutionären Einrichtung in den Verhältnissen nach. Mit Filmen wie *Viel Neues für Frau Wenig* (1971) und dem von westdeutschen Stellen mit dem Vorwurf der »Linkspropaganda« belegten Beitrag *Ich bin ein Bürger der DDR* (1973) kommen zum ersten Mal die sozialen Errungenschaften der DDR ins Bewußtsein. Die sich ab 1975 anschließenden Korrespondentenf়ilme oder die in den achtziger Jahren entstehenden Sendereihen *Deutscher Alltag* (vom WDR für sein drittes Programm konzipiert) und *Die Reportage* (ZDF) vermitteln bis zum Ende der deutschen Teilung verschiedenste Alltagseindrücke und -probleme aus der DDR für das BRD-Publikum. Ohne Euphorie behalten jene Filme stets die Repressionen des DDR-Systems im Auge, werten die DDR-Gesellschaft im Ganzen jedoch nicht mehr ab und stehen dem Staatssozialismus legitim und aufgeschlossen gegenüber. Es ist angesichts solch dokumentarischer Stimmen von Westen aus dem Osten für den Westen zwischen 1975 und 1989 in der Tat (inhaltlich, nicht ideologisch) umso erstaunlicher, daß der westdeutsche Einheitsjournalismus wesentliche Parameter der realitätsbezogenen Annäherung an die Wirklichkeit durch Film über Bord geworfen hat.

Es kann definitiv festgehalten werden, daß Steinles Untersuchung in ausgezeichnete Form die Perspektiven der deutschen Parallelgeschichte von 1945/49 bis 1989/90 anhand des Dokumentarfilms erhellt. Das Buch ist im Aufbau klar strukturiert, auch für Fachfremde und Nicht-Spezialisten zum Lesen gut geeig-

net (selbst wenn einzelne gespreizte Neologismen wie z. B. »diffamatorisch« oder »Martyrologium« unnötig sind) und in seinen Interpretationen ausgewogen und nachvollziehbar. Man hätte sich vielleicht gewünscht, daß auf Kosten der einen oder anderen Einzelanalyse die Produktionsbedingungen der Filme und ihr historischer Kontext tiefgreifender beleuchtet worden wären. Diese Einschränkung schmälert aber den Gesamteindruck nur am Rande. Der Arbeit von Matthias Steinle ist eine weite Verbreitung zu wünschen. Mehr noch, man sollte sich eine Institution wünschen, die sämtliche Filme aus der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit aus den Archiven ans Licht der politischen Bildung holt, denn nichts ist bildender als der bildliche Anschauungsunterricht der Geschichte.

P. S.: Auf Seite 366, Fußnote 90 erfahren die Leser im übrigen folgendes: »Gemäß einer Weisung des Bundesinnenministers vom 5. Juli 1974 war die Abkürzung BRD im offiziellen Sprachgebrauch nicht mehr zu verwenden.«

DETLEF KANNAPIN

Dieter Klein:
Zukunft statt »Reformen«:
Arbeit für alle. Ein realistisches
Konzept, Reihe Texte der
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 14,
Karl Dietz Verlag Berlin 2004,
63 S., (6 €)

»Fragen der Veränderung der Arbeitswelt sind wie viele andere Probleme so hochkomplex, daß sie zwangsläufig zu komplizierten Antworten verleiten ... Aber zugleich hat der Funktionsmechanismus der Medienwelt bei vielen Menschen die Erwartung einfacher Antworten hervorgebracht und auch Parteien unter diesen Druck gebracht« – soweit Dieter Klein gegenüber *UTOPIE kreativ* in einem Interview über den Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung im November 2003.

Im vorliegenden Band, der einzelne Argumentationsstränge jenes Zukunftsberichts aufgreift und gesondert präsentiert, versucht Klein, ein »realistisches Konzept« zu entwer-

fen, mit dem »Arbeit für alle« geschaffen werden kann. Angesichts der grassierenden Misere auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt und der regierenden rot-grünen Hilflosigkeit sollte eine solche Schrift – auch dank ihrer prägnanten Kürze – eigentlich ein Bestseller sein. Das genau ist jedoch am wenigsten zu erwarten. In einer Zeit, die nach der Abfolge von Hartz-Gesetzen gemessen wird, in der endloses Reformgerede und die Verordnung immer neuer sozialer Grausamkeiten die Öffentlichkeit ermüden und die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger frustrieren, glaubt längst niemand mehr an »realistische Konzepte« – die Arbeitssuchenden zuletzt.

Wer hier ernsthaft »realistische« Abhilfe verheißen will, braucht offenbar ein besonderes Realismusverständnis. Und in der Tat unterscheidet sich der von Dieter Klein propagierte Realismus, mittels dessen Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit gebracht werden sollen, durch seine realpolitischen Voraussetzungen wesentlich von den kurzatmigen regierungsamtlichen Reformprojekten. Während der Realismus letzterer sich auf die Fortschreibung des gesellschaftlichen Status quo stützt und regelmäßig am Versuch der Quadratur des neoliberalen Kreises von Standortwettbewerb und Globalisierung scheitert, setzt Klein bei einem neuen »Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung« an – am »selbstbestimmt und solidarisch handelnden Menschen in sozialer Sicherheit und in Solidarität, der in Frieden zu leben vermag« (Michael Brie).

Die Kleinsche Vision von »Arbeit für alle« beruht also auf der Voraussetzung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels, für den in althergebrachten Konzepten kein Raum ist und für den es fähiger politischer Träger und zustimmender Mehrheiten bedürfte. Das sich hier Geltung verschaffende Trägheitsgesetz politischer Demokratie erzwingt jedoch wiederum eine ganz andere Art Realismus. Es erscheint nämlich notwendig, über »kleinere realisierbare Schritte« zu einem grundsätzlich anderen »Umgang mit dem gesellschaftlichen Problem Arbeitslosigkeit« nachzudenken – auch darüber weiß Klein Bemerkenswertes zu schreiben.

ARNDT HOPFMANN

Jochen Gerlach:
 Ethik und Wirtschaftstheorie,
 Chr. Kaiser/Gütersloher
 Verlagshaus
 Gütersloh 2002, 310 S. (24,95 €)

Seitdem Arthur Rich mit seiner Schrift *Wirtschaftsethik in theologischer Perspektive* 1984 den entscheidenden Schritt von einer sich lediglich auf soziale Postulate beschränkenden christlichen Ethik zu einer die Wirtschaft einschließenden Ethik gegangen ist, hat diese eine neue, zukunftsweisende Dimension erhalten. Auch wenn der wirtschaftsethische Diskurs vornehmlich von Ökonomen, Soziologen, Juristen und Philosophen bestritten wird, so hat die theologische Sicht hierin doch ihren festen Platz und sollte deshalb von den anderen Disziplinen durchaus ernst genommen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch ihre genaue Positionsbestimmung, das heißt die Einordnung der theologischen Vorstellungen in das Spektrum ethischer Entwürfe. Diese Aufgabe leistet das vorliegende Buch, indem hier die wichtigsten Ansätze wirtschaftsethischer Theorien im deutschsprachigen Raum in evangelisch-theologischer Perspektive kritisch analysiert und bewertet werden. Dabei zeigt sich, daß die meisten Ansätze volkswirtschaftlicher Natur sind, während die nicht minder wichtige und in letzter Zeit an Bedeutung gewonnene Unternehmensethik ebenso wie die Branchenethik kaum vorkommen.

Leitfaden der Arbeit ist die Frage, wie Ethik und Wirtschaftstheorie, welche ganz differente Voraussetzungen und Ziele haben, »methodisch sinnvoll und sachlich angemessen« (S. 17) vermittelt werden können? Beide Disziplinen gehören verschiedenen Theoriwelten an und stehen sich als erfahrungswissenschaftlich-empirische bzw. normativ verstehende Theorien zunächst unvermittelt gegenüber. Eine »Vermittlung« kann hier nur gelingen, wenn einerseits der weltanschauliche Hintergrund der ökonomischen Kategorien offengelegt wird und andererseits die ethischen Grundsätze empirisch expliziert werden. So sieht es jedenfalls der Autor bei der Beschreibung seiner Forschungsmethode. Seine Darstellung geht demgegenüber jedoch noch we-

sentlich weiter: Die verschiedenen Ansätze werden von ihm auch dargestellt und kritisch gewürdigt, was das Buch zu einem nützlichen Übersichtswerk zum Themenkreis »Wirtschaft und Ethik« macht.

Nun ist die ökonomische Theorie weder geist- noch sinnlos. Das heißt, ein gewisser ethischer Gehalt ist ihr immer immanent. Dieser muß jedoch aufgedeckt und theoretisch herausgearbeitet werden, denn vordergründig gibt sich die ökonomische Theorie als »werturteilsfrei«. Als Problem erweist sich dabei, daß die moderne kapitalistische Gesellschaft eine »Wirtschaftsgesellschaft« ist, die Wirtschaft also nicht nur der Gesellschaft dient, sondern diese zugleich auch wesentlich prägt. Als »ökonomische Kapitalherrschaft« (Max Weber) aber ist sie »ethisch nicht reglementierbar«. Vielmehr folgt sie ihren eigenen Gesetzen (Profitmechanismus, Wettbewerb, Marktlogik etc.). Wirtschaftsethik wird damit zu einem »unmöglichen Projekt« (S. 21) – es sei denn, man beschränkt sich auf die »verantwortliche Gestaltung« einzelner institutioneller Regelungen. Der hier angesprochene Konflikt zwischen Effizienz und Ethik ist für die kapitalistische Marktwirtschaft fundamental. Auf seiner Grundlage vollzieht sich mithin auch die kritische Analyse Gerlachs, welche gründlich, interdisziplinär und reich an neuen Fragestellungen ist. Im Zentrum stehen dabei die wirtschaftsethischen Vorstellungen von Bruno Molitor, Peter Koslowski, Peter Ulrich und Karl Homann. Sein eigenes Verständnis des Gegenstandes wirtschaftsethischer Theorie entwickelt der Autor im zweiten Kapitel des Buches, bevor er zur Auseinandersetzung mit den anderen Auffassungen schreitet. Insgesamt gelangt er dabei zu dem m. E. nicht ganz einleuchtenden Schluß, daß die untersuchten wirtschaftsethischen Entwürfe an eine theologisch begründete Ethik »grundsätzlich anschlussfähig« seien (S. 25). Die Begründung dafür biete jeweils der weltanschauliche Hintergrundgehalt der vorgestellten Theorien – eine These, die in bezug auf die ökonomische Sinnggebung bestimmter Kategorien im Kontext der Verwertungslogik der kapitalistischen Wirtschaft einige Fragen aufwirft, wenn nicht überhaupt in Zweifel zu ziehen ist. Nichtsdestoweniger aber stellt diese Arbeit einen gelungenen theoretischen Vermittlungsversuch

zwischen Ökonomie und christlicher Ethik dar. Sie ist ein Diskussionsangebot der Theologie bzw. Philosophie an die Wirtschaftswissenschaften, das aufgegriffen werden sollte.

ULRICH BUSCH

**Michel Reimon, Christian Felber:
Schwarzbuch Privatisierung.
Was opfern wir dem freien Markt?
Verlag Carl Ueberreuter Wien
2003, 256 S. (19,95 €)**

Michel Reimon und Christian Felber, Journalisten und als globalisierungskritisch, Felber auch als Aktivist der österreichischen ATTAC bekannt, haben eine zu Recht als »Schwarzbuch« überschriebene Arbeit vorgelegt, dem eine breite Leserschaft zu wünschen ist. Anhand von neun detailliert aufgearbeiteten Komplexen (britische Eisenbahn, Gesundheitswesen, Trinkwasserversorgung, Strommarkt, Bildung, Altersvorsorge, Telekommunikation, öffentliche Sicherheit und GATS) zeigen sie die Folgen der Privatisierung und die Interessen, die hinter ihr stehen.

Die Privatisierungsstrategie wird als Kernstück der neoliberalen Offensive dargestellt, die ihren Durchbruch um 1983 in Großbritannien mit Margret Thatchers breit angelegter Liberalisierungspolitik erreichte (S. 34). Diese Offensive erstreckt sich quer über Kontinente und nahezu alle Branchen, die bisher als Domäne öffentlicher Daseinsfürsorge galten. Nicht der anonyme Weltmarkt, sondern ökonomisch interessierte Konzernvertreter und ihre politischen Vollzugsorgane mit Namen und Adresse sind die Akteure dieser Bewegung. Besonders deutlich arbeiten das die Autoren anhand der GATS-Verhandlungen heraus, bei denen sich die EU-Kommission vor den Karren der privaten Profitinteressen spannte, in diesem Falle der 85 größten Dienstleistungsunternehmen der EU, zusammengeschlossen im ESF (Europäisches Dienstleistungsforum) (S. 221). Sie zeigen, wie die Entscheidungen herbeigeführt werden, wer die Nutznießer sind und wie die demokratische Öffentlichkeit ausgetrickst werden soll. Und es geht um viel: 150 Dienstleistungs-

sektoren sollen zur Disposition gestellt werden, von »A wie Abfallbehandlung bis Z wie Zahnarzt« (S. 223). Allein der Weltmarkt für die Trinkwasserversorgung wird auf 800 Milliarden, der globale Bildungsmarkt auf 2000 Milliarden und der Gesundheitsmarkt auf 3500 Milliarden US-Dollar geschätzt (S. 229). »Die internationalen Konzerne haben es jedenfalls ganz besonders auf die öffentlichen Dienstleistungen abgesehen, weil diese nicht konjunkturellen Modezyklen unterworfen sind, sondern von allen Menschen jeden Tag benötigt werden. Grundbedürfnisse sind ein großes Geschäft – hier läßt sich viel verdienen. Die EU-Kommission steht Gewehr bei Fuß. Michel Servoz, die rechte Hand Pascal Lamys, zuständig für die Liberalisierung des Dienstleistungshandels, meint lakonisch: »Bildung und Gesundheit sind reif für die Liberalisierung.« (S. 229)

Die Formel »profitorientiert = effizient« und »staatlich = ineffizient« wird an vielen Fällen widerlegt. Neben Arbeitsplatzabbau und zunehmender Arbeitshefte ergeben sich häufig Nachteile für die Konsumenten. Mag ein zunächst intensivierter Wettbewerb zu sinkenden Preisen führen, so läßt die unweigerlich folgende Marktberreinigung erneut oligopolistische Marktstrukturen mit steigenden Preisen entstehen (S. 117). Die Kosten je Leistungseinheit sinken beileibe nicht in jedem Fall. Vergleiche von öffentlichen und privaten Gesundheitssystemen ergeben mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand, ergänzt um hohe Werbeaufwendungen und damit höhere Kosten bei privaten Betreibern (S. 70). Auf der anderen Seite werden die Umwandlungen staatlicher Betriebe in private Unternehmen wie im Bereich der Energieversorgung oder wie im Fall der britischen Eisenbahnen so dilettantisch gehandhabt, dass die Qualität der Versorgung der Bevölkerung sinkt oder zeitweilig überhaupt zum Erliegen kommt, wie erst jüngst bei der Energieversorgung erlebt. Häufig bleibt dann als einziger Ausweg die erneute Verstaatlichung mit neuen Belastungen für die Steuerzahler. Die Bevölkerung, die auf die Grundversorgung bei Wasser, Energie, Verkehrssystemen, Gesundheit, Bildung und Sicherheit angewiesen ist, wird so zur Geisel privater Profitinteressen.

Welche Gefahren für die Demokratie mit der totalen Umsetzung neoliberaler Ideologie

verbunden sind, wird anhand der GATS- Dokumente verdeutlicht. Demokratische Entscheidungen, die den Handel mit Dienstleistungen berühren, können einem »Notwendigkeitstest« unterzogen werden und das WTO-Gericht wird dann darüber entscheiden, ob die Regelung Bestand hat. Dies bezeichnen die Autoren als »Todesstoß für die Demokratie« (S. 235). Ähnlich laufen die Dinge, wenn private Sicherheitsfirmen die Aufgaben souveräner Staaten übernehmen. Ein ehemaliger Angestellter einer privaten Sicherheitsagentur (DynCorp) schildert die Perspektive so: »Nimm an, das Außenministerium gibt eine Studie in Auftrag, wie eine Friedensmission in einem bestimmten Land aussehen soll. DynCorp sagt: Ihr müsst das machen, und das, und das, und tauchen die selben Punkte im Papier des Ministeriums auf, wenn es Angebote einholt. DynCorp stellt sich selbst die Tickets aus.« (S. 209)

Besonders lesenswert erscheint dem Rezensenten das Kapitel über die Privatisierung der Altersvorsorge (S. 135-165), weil hier an einem sehr aktuellen Beispiel auch theoretisch und rechnerisch gezeigt wird, wie mit falschen Argumenten und bewusster Täuschung der Öffentlichkeit die Versicherungswirtschaft an die immensen Geldvermögen für die Altersvorsorge herankommen will.

Aus der Analyse ihrer Fallbeispiele ergibt sich für Felber/Reimon der Schluss: »Die Konsumenten profitieren nicht. Die Steuerzahler profitieren nicht. Die Starken profitieren. Ein Staat ist keine AG. Am Ende haftet der Staat. Privatisierung und Korruption gehen Hand in Hand. Es gibt Alternativen.« (S. 210) Was Letzteres anbelangt, so bleiben sie leider eher vage. Obwohl der Titel auf die Privatisierung abstellt, zeigen die Autoren, dass unter Umständen Formen der privaten Betreibung auf gemeinnütziger Grundlage existieren. Im Zentrum ihrer Kritik stehen somit die Art und Weise der Transformation sowie das rein profitorientierte Wirtschaften. Eine Alternative vermuten sie im World Wide Web: »Es gibt Alternativen zu staatlicher Kontrolle oder gar zentraler Planwirtschaft auf der einen Seite und dem freien Markt auf der anderen. Zumindest in manchen Bereichen scheint auch eine demokratische, gemeinschaftliche Verwaltung möglich zu sein. Die

Inhalte des Netzes werden von einer lose definierten Gemeinschaft gepflegt.« Aber, so fügen sie hinzu, »Von diesem demokratiepolitischen Experimentierfeld könnte die Menschheit ... bald vertrieben werden.« (S. 178)

So bliebe das Schwarzbuch insgesamt doch recht pessimistisch, wäre da nicht der Aufruf nach Widerstand und die ausführliche Schilderung des Widerstands gegen den Verkauf der Wasserversorgung im bolivianischen Cochabamba, ein Widerstand, der optimistisch stimmt, auch wenn bei der Weltbank zur Zeit noch verhandelt wird (S. 103).

Das Schwarzbuch, so sei zusammenfassend festgestellt, hat das Zeug dazu, zum Bestseller der globalisierungs- und privatisierungskritischen Szene zu werden. Dieser Feststellung tut eine Kritik an den teilweise dilettantischen Literaturnachweisen keinen Abbruch.

JÜRGEN LEIBIGER

Tomás Diez Acosta:
Octubre de 1962: A un Paso del Holocausto. Una Mirada Cubana a la Crisis de los Misiles (Oktober 1962: Ein Schritt vor dem Abgrund. Die Raketenkrise aus kubanischer Sicht),
 Verlag Editora Política Havanna 2002, 256 S.

Zur »kubanischen Raketenkrise« sind in den zurückliegenden 40 Jahren Buch- und Presseveröffentlichungen in großer Zahl erschienen. Insbesondere zu »runden« Jahrestagen der dramatischen Ereignisse um Stationierung und Abzug sowjetischer Raketenwaffen strategischer Bestimmung auf Kuba wurde viel publiziert. Die Veröffentlichungen nach 1990/91, darunter der hier vorgestellte Titel, verdienen spezielle Beachtung. Nach 1990 sind mit dem Zerfall der UdSSR und seiner für Verteidigung und Sicherheit relevanten Institutionen sowie mit der neuen Lage für Kuba bislang nicht allgemein zugängliche Einzelheiten über Ausmaß und Charakter einer Krise bekannt geworden, die für die Welt fast mit dem thermonuklearen

Holocaust geendet hätte. Zur sogenannten Raketenkrise vom Oktober 1962 fanden unter ranghoher Beteiligung Kubas, der Sowjetunion bzw. Rußlands und der USA 1987 (Moskau), 1991 (Antigua/Barbados) und 1992 (Havanna) internationale Konferenzen statt, auf denen die dramatischen Geschehnisse auch aus der Sicht von unmittelbar Beteiligten dargestellt und bewertet wurden.

Vor diesem Hintergrund stellt der Autor zunächst die tiefgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Kuba seit dem Sieg des von Fidel Castro geführten Rebellenheeres über die Batista-Diktatur (1959) dar. Sodann beschreibt er die im Zuge der Radikalisierung der Revolution sich verschärfenden innen- und außenpolitischen Probleme, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA. Ausführungen zur wachsenden Annäherung an die UdSSR und das sozialistische Lager, zur zunehmenden wirtschaftlichen und insbesondere militärischen Unterstützung Kubas durch die UdSSR und andere sozialistische Staaten zur Abwehr konterrevolutionärer Angriffe (Schweinebucht-Invasion 1961, Revolten im Escambray-Gebirge 1960/61) und zum Schutz des Landes vor einer drohenden direkten Invasion durch die USA leiten über zu Einzelheiten über die zwischen den Führungen der UdSSR und Kubas zunächst umstrittene Entscheidung Chruschtschows, auf Kuba strategische Offensivwaffen, d. h. atomare Mittel- und Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 2 600 km (R-12) und 5 200 km (R-14) zu stationieren. Im Rahmen der verdeckten Operation »Anadyr« wurden im Zeitraum August/Oktober 1962 über 40 000 sowjetische Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere mit allen für den Ernstfall erforderlichen Waffen, Ausrüstungen und Versorgungsgütern auf UdSSR-Handelsschiffen (185 Überfahrten) nach Kuba verlegt. Das an verschiedenen Punkten der Insel und auf See stationierte und am 25. Oktober 1962 gefechtsbereite strategische Kernwaffenpotential bestand aus 36 Trägerraketen R-12 sowie aus 7 U-Booten mit 21 R-13 Raketen, die mit Kernsprengköpfen von insgesamt 67,5 Megatonnen Sprengkraft bestückt waren. Die sowjetischen Transportschiffe mit den Langstreckenraketen vom Typ R-14 an Bord waren nicht mehr bis Kuba gelangt, da sie am 24. Oktober, als die USA ihre Seeblockade errichteten, auf Höhe der

Azoren zurückbeordert wurden. Die Stärke der darüber hinaus mit modernen konventionellen Waffen ausgerüsteten sowjetischen Truppen auf Kuba entsprach damals zahlenmäßig etwa einem Drittel der kubanischen Streitkräfte.

Der Autor beschreibt insbesondere im zweiten Teil seines Buches die Ereignisse ab Mitte 1962 bis November des Jahres in ihrer ganzen Dramatik und das Handeln der entscheidenden Akteure in Havanna, Moskau und Washington. Interessante Einzelheiten zum Abschluß des Militärabkommens zwischen der UdSSR und Kuba, zum Ablauf der Stationierung der sowjetischen Truppen und Waffen auf Kuba, zur Politik der sowjetischen Führung gegenüber der Kennedy-Administration und im Rahmen des UN-Sicherheitsrates werden dargestellt. Hervorgehoben wird, daß die zwischen UdSSR und USA in den kritischen Stunden des 26. und 27. Oktober 1962 schließlich erreichte Verhandlungslösung zwar den Frieden rettete, aber ohne Beteiligung oder Konsultation Kubas herbeigeführt wurde, was das Verhältnis zwischen Kuba und seinem Hauptverbündeten, der UdSSR, stark belastet hat. In jenen »lichtvollen und traurigen Tagen« (Ernesto »Che« Guevara) habe sich die prinzipienfeste und zugleich flexible Politik Kubas schließlich bewährt.

Der Autor (Jahrgang 1946), Diplom-Politikwissenschaftler, lehrte an der Akademie der Revolutionären Streitkräfte (FAR) Kubas und ist gegenwärtig als Forscher am »Instituto de Historia« der kubanischen Wissenschaftsakademie tätig. Er hat für seine Forschungs- und Publikationstätigkeit zum genannten Thema und zu Fragen der Beziehungen USA-Kuba mehrere nationale Preise erhalten. Er war außerdem Teilnehmer der erwähnten dreiseitigen Konferenzen zur Raketenkrise.

Das Buch von Diez Acosta, das bislang in englischer Übersetzung (2002), nach Wissen des Rezensenten nicht aber in deutscher Sprache erschienen ist, stellt einen seriösen Beitrag zur Bewertung der Raketenkrise aus offizieller kubanischer Sicht dar. Es ist – wie im Epilog treffend dargestellt – bei heute zwar veränderter Weltlage angesichts der abenteuerlichen, auf Unilateralismus ausgerichteten Politik der jetzigen US-Administration auch vierzig Jahre nach den Ereignissen von großer Aktualität.

HARALD HILDEBRANDT